



Schreiner-Innung Freiburg Dorfstraße 36 D 79280 Au im Hexental

An die Gemeinderäte/innen der CDU



Bernhard Schwär
Obermeister

z.Hd. Herrn Bernhard Schätzle
Rathausplatz 2-4

79098 Freiburg

Dorfstraße 36
D 79280 Au b. Freiburg
Telefon 0761 / 4 59 00 0
Telefax 0761 / 4 59 00 10
Handy 0172 / 7260939
Handyfax 0172 / 7251412
Email schwaer@modutec.de
www.schreiner-innung-freiburg.de
Au den. 09/06/2006

Pressebericht

Unsere Objekt Nr: SIF 81/1205

Sehr geehrter Herr Schätzle,

in der Anlage den Pressebericht der Schreiner Innung Freiburg zum Verkauf der Wohnungen der Stadt Freiburg.

Mit freundlichen Grüßen

Bernd Schwär

Obermeister

Anlagen: Pressebericht

Schreiner-Innung Freiburg nimmt Stellung zum geplanten Verkauf der städtischen Wohnungen:

Verkauf der Stadtbau schadet dem Mittelstand in Südbaden

(Freiburg) Der vom OB Dr. Salomon beabsichtigte Verkauf der städtischen Wohnungsbestände in Freiburg ist auch Thema bei der Schreiner-Innung Freiburg. Nach den öffentlichen Bekundungen von OB Dr. Salomon soll die Freiburger Stadtbau GmbH an den meistbietenden Investor verkauft werden. Bernhard Schwär, Obermeister der Freiburger Innung steht diesem jedoch kritisch gegenüber und mahnt hier besonders an, dass dies mit Augenmaß und vor allen an der richtigen Stelle erfolgen muss. Von dem Komplett-Verkauf erwartet er für die mittelständische Wirtschaft und gerade das Handwerk negative Folgen.

„ Grundsätzlich fordert auch das Handwerk, dass die Staatsquote zurückgefahren werden muss und es gilt, Verwaltungsbürokratie abzubauen.“, so Bernhard Schwär, der Obermeister der Schreiner-Innung Freiburg. Der Vorschlag von Oberbürgermeister Dr. Dieter Salomon, die Freiburger Stadtbau GmbH zu verkaufen, sei für die mittelständische Wirtschaft jedoch schädlich und kontraproduktiv. Denn diese sei - wie die Vergangenheit gezeigt habe - einer der Hauptauftraggeber des Handwerkes in Freiburg und Umgebung. Die Stadtbau setze bis zum Jahr 2020 im Rahmen der Instandhaltung und Modernisierung des Wohnungsbestandes ein Investitionsvolumen von 12 bis 14 Mio. EUR pro Jahr um.

Hinzu kommen die jährlichen Investitionen für Neubauten im Umfang von ca. 20 Mio. EUR pro Jahr. Insgesamt gingen der Region daher langfristig über 500 Mio. EUR an Investitionsvolumen verloren. Für den Handwerks-Obermeister ist deshalb nicht zu erwarten, „dass ein auf Gewinnmaximierung fixierter Investor in Freiburg Investitionen in diesem Umfang tätigen werde.“ Die Gewinne und damit die Kaufkraft würden vielmehr an die Investoren im Ausland abfließen. Darüber hinaus sei auch unwahrscheinlich, wenn erklärt würde, dass bei einem Verkauf die Mieten unverändert blieben.

Der Grund liegt für Bernhard Schwär auf der Hand. Die an einem Kauf interessierten Investoren seien ihren Aktionären gegenüber rechenschaftspflichtig und hätten keine andere Wahl, als Renditen von mindestens 15% und mehr jährlich auszuweisen. Als Beispiel nennt Schwär, als in den 90er Jahren der Verkauf der FFA-Wohnungen an die Depfa Bank durch den Bund erfolgte. Hier sei sehr deutlich geworden, wie dann der Verfahrensgang sei. Die Vergabe der Bauleistungen wurde über einen Generalunternehmer abgewickelt. Im Ergebnis habe kein einziger Handwerker in Freiburg einen Auftrag in den FFA-Wohnungen erhalten.

Dagegen rät der Handwerksvertreter der Stadt Freiburg, Lösungen zu finden, bei denen die Wertschöpfung aus den Grundstücken und Immobilien in Freiburg verbleibt und die Kaufkraft nicht der hiesigen Wirtschaft entzogen wird und damit die Sicherung von Arbeitsplätzen gefährdet. Ein Verkauf der Wohnungen wird beachtliche Auswirkungen auf die regional- und stadtwirtschaftliche Entwicklung nach sich ziehen, die momentan noch nicht in vollem Umfang abzuschätzen sind. Deshalb darf auf keinen Fall eine übereilte Entscheidung getroffen werden, die zum Nachteil der Bürgerschaft dieser Stadt führen würde. Auch soziale Aspekte sind für Bernhard Schwär hier wichtig: Denn die über Jahrzehnte praktizierte Daseinsfürsorge der Freiburger Stadtbau GmbH, die Bereitstellung von günstigen Wohnraum für einkommensschwache und sozial benachteiligte Bevölkerungsschichten, sollte auch weiterhin eine vorrangige Aufgabe der Stadtbau bleiben.

Ende